

... die Agrarfrage ist mit einer wichtigen Frage über deren Bedeutung wir uns klar sein müssen. Ich will versuchen, im Verlaufe des Referats, Euch klar zu machen, wie wichtig das ist. Wir haben schon in Gotha den Versuch gemacht, an diese Dinge heranzugehen. Der Referent Rosam hat damals die grundlegenden Bausteine dazu beigetragen. Wir haben vom Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin aus eine Agrarkommission ins Leben gerufen, die es herbeiführen soll, daß wir im Sinne der Partei an die Lösung dieser Frage herangehen können. In Gotha ist keine Klarheit in den Reihen unserer Genossen über die Agrarfrage geschaffen worden. Weil in Gotha noch Meinungen vorhanden sind, die nach unserem Dafürhalten nicht auf der Grundlinie der K.A.P. liegen, wird das Referat zum Teil auch eine Kritik der alten übernommenen Anschauungen sein. Wir wollen, wie auch sonst in der Partei, auch in Bezug auf diese Frage eine klare einheitliche Linie aufzeigen. Die Agrarfrage betrachten wir auch unter dem Gesichtspunkt, daß sie ein Stück beitragen soll zur Festigung in der Revolution. Auch die Agrarfrage soll dazu beitragen, ein Stück Selbstbewußtseins-Entwicklung für das Proletariat zu sein. Wir möchten Euch bitten, den Antrag anzunehmen, der besagt, daß die Agrarfrage im Sinne der K.A.P. behandelt werden soll und ferner den Antrag Pommern zur Wahl einer Agrarkommission. Die Agrarkommission, die Ihr wählen sollt, wird die vorgelegten Thesen behandeln. Die Landwirtschaft befindet sich auch vom kapitalistischen Standpunkt aus in einer sehr guten Lage. Nach dem Kriege kann konstatiert werden, daß der alte Prozeß der Konzentration auch in der Landwirtschaft sich durchzusetzen beginnt. Die Ansätze zur größeren Konzentration sind dadurch gegeben, daß die Produkte, die die Landwirtschaft braucht, sich in den Händen des größten Industriekapitals befinden. Diese Industrie, dieses Stickstoff-Syndikat befindet sich in den Händen von Stinnes. Aber noch weiter. Zwischen Industrie und Bauernwirtschaft soll wieder die alte Abhängigkeit der Landwirtschaft von der Industrie vor dem Kriege hergestellt werden, das alte Abhängigkeitsverhältnis, und zwar dadurch, daß man im Frühjahr der landwirtschaftlichen

Dritter Tag

Punkt 8: Agrarfrage

Genosse Mühle:

Die Agrarfrage ist mit einer wichtigen Frage über deren Bedeutung wir uns klar sein müssen. Ich will versuchen, im Verlaufe des Referats, Euch klar zu machen, wie wichtig das ist.

Wir haben schon in Gotha den Versuch gemacht, an diese Dinge heranzugehen. Der Referent Rosam hat damals die grundlegenden Bausteine dazu beigetragen. Wir haben vom Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin aus eine Agrarkommission ins Leben gerufen, die es herbeiführen soll, daß wir im Sinne der Partei an die Lösung dieser Frage herangehen können.

In Gotha ist keine Klarheit in den Reihen unserer Genossen über die Agrarfrage geschaffen worden. Weil in Gotha noch Meinungen vorhanden sind, die nach unserem Dafürhalten nicht auf der Grundlinie der K.A.P. liegen, wird das Referat zum Teil auch eine Kritik der alten übernommenen Anschauungen sein. Wir wollen, wie auch sonst in der Partei, auch in Bezug auf diese Frage eine klare einheitliche Linie aufzeigen. Die Agrarfrage betrachten wir auch unter dem Gesichtspunkt, daß sie ein Stück beitragen soll zur Festigung in der Revolution. Auch die Agrarfrage soll dazu beitragen, ein Stück Selbstbewußtseins-Entwicklung für das Proletariat zu sein.

Wir möchten Euch bitten, den Antrag anzunehmen, der besagt, daß die Agrarfrage im Sinne der K.A.P. behandelt werden soll und ferner den Antrag Pommern zur Wahl einer Agrarkommission. Die Agrarkommission, die Ihr wählen sollt, wird die vorgelegten Thesen behandeln.

Die Landwirtschaft befindet sich auch vom kapitalistischen Standpunkt aus in einer sehr guten Lage. Nach dem Kriege kann konstatiert werden, daß der alte Prozeß der Konzentration auch in der Landwirtschaft sich durchzusetzen beginnt. Die Ansätze zur größeren Konzentration sind dadurch gegeben, daß die Produkte, die die Landwirtschaft braucht, sich in den Händen des größten Industriekapitals befinden. Diese Industrie, dieses Stickstoff-Syndikat befindet sich in den Händen von Stinnes. Aber noch weiter. Zwischen Industrie und Bauernwirtschaft soll wieder die alte Abhängigkeit der Landwirtschaft von der Industrie vor dem Kriege hergestellt werden, das alte Abhängigkeitsverhältnis, und zwar dadurch, daß man im Frühjahr der landwirtschaftlichen

Produktion einen Kredit gibt, der solange läuft, bis die Ernte hereingebracht worden ist und daß dieser Kredit nachher bezahlt werden soll. Nun kann es sehr oft vorkommen, daß in manchen Gegenden die Erträge nicht dem entsprechen, was man erwartet hatte. So versucht man, dem Bauern die wirtschaftliche Produktion der Bauern abhängig zu machen vom Industriekapital.

Bis zum Krieg hatten wir eine intensive Wirtschaft auf dem Lande. Das heißt, man versuchte mit allen Mitteln Ackerbau zu treiben und jedes Stückchen Land zu bebauen. Das ist durch die günstige Preisgestaltung während des Krieges und nach dem Kriege heute zu einem Teil anders geworden. Man geht heute von der intensiven Wirtschaft ab und geht zur extensiven Wirtschaft über. Man betreibt heute mehr Weidewirtschaft, läßt Stücke brach liegen wie in der vorkapitalistischen Zeit. Diese Dinge haben zur Folge, daß eine größere Proletarisierung vor sich geht. Eine andere Tatsache zur größeren Proletarisierung auf dem Lande ist auch die, daß man sich von dem Deputatsystem abwendet, das früher immer bestanden hat. Das ist eine Zweiteilung in der Entlohnung, einmal, indem man selber die Erträge den Landarbeitern zur Verfügung gestellt hatte und auf der anderen Seite dem Landarbeiter Geldlohn gab. Von diesem System geht man heute immer mehr ab, weil man gute und genügende Preise bekommt für seine landwirtschaftlichen Produkte. Man versucht heute, den Landarbeiter in ein reines Geldlohnverhältnis zu bringen. Das trägt dazu bei, daß ein schärferes Verhältnis zwischen Landarbeiter und Bauern in Erscheinung tritt.

Weiter ist die nächste Tatsache zu verzeichnen, daß der Reallohn heute auf dem Lande ein Teil niedriger ist als in der Stadt. Das hat zur Folge eine immer größere Proletarisierung, weil der Landarbeiter die anderen Produkte genau so teuer bezahlen muß, wie jeder andere Arbeiter auch. Ja, es ist zu verzeichnen, daß die Produkte, die der Landarbeiter auf dem Lande kaufen muß, noch teurer sind, als in der Stadt.

Die hygienischen Verhältnisse auf dem Lande sind auch Dinge, die zur Unterdrückung des Landarbeiters beitragen. Der Landarbeiter erkennt, daß er ein unterdrückter Mensch ist.

Wir haben auch gesehen, daß überall jetzt in der Revolution, nachdem die alten Fesseln zersprengt worden sind, das Landproletariat sich regt und daß diese Regung Ausdruck fand in den großen Landarbeiterstreiks, die wir zu verzeichnen hatten.

Gorter sagt in seiner Broschüre, in seinem offenen Briefe an Lenin, daß

in Westeuropa die Arbeiter ganz allein stehen. Zu diesen Arbeitern gehören natürlich auch die Landarbeiter. Auf dieser Wahrheit, daß in Westeuropa die Arbeiter ganz allein stehen, müssen wir unsere Taktik aufbauen. Wir haben hier eine Klassenfront, die auf der anderen Seite so aussieht: Groß- und Kleinbürgertum und Groß- und Kleinbauerntum gegen den Kommunismus. Auf der anderen Seite steht die Arbeiterklasse. Wir sehen daraus, daß wir den Satz begriffen haben, daß in Westeuropa die Arbeiter allein stehen und wenn wir uns vergegenwärtigen, daß der Bauer auch Besitzer von Produktionsmitteln ist, dann werden wir erkennen, daß der Bauer auf der Seite der Kommunistenfeinde steht.

Das ist natürlich kein Schema. Es wird auch Gegenden geben, wo der Kommunismus auch bei den Bauern auf einen guten Boden fällt. Aber im Großen und Ganzen ist zu sagen, daß der Bauer in der Revolution nicht auf Seiten der Kommunisten stehen wird.

Das ist die Sache politisch-ökonomisch.

Aber es ist noch eine andere Lehre, die wir beachten müssen. Das ist die geographische Linie, die wir in Deutschland haben, und die kann man, im großen Ganzen gesehen, auch bezeichnen als die Elbelinie, eine Teilung Deutschlands zwischen östlich und westlich der Elbe. Östlich der Elbe herrscht der Großgrundbesitz vor, westlich der Kleinbesitz. Das hat zu bedeuten, daß die Kampftaktik in diesen beiden Gebieten in der Revolution verschieden sein muß. Während in den Gebieten, in denen der Großgrundbesitz vorherrscht, das Landproletariat mit dem städtischen Proletariat in der Revolution viel eher zusammengehen und in dem östlichen Teil das ländliche Proletariat dem städtischen zu Hilfe kommen wird werden wir auf der anderen Seite zu verzeichnen haben, daß sich das städtische Proletariat das Dorf erobern müssen.

Dann kommt noch ein anderer Faktor in Frage, wenn man den Klassenkampf auf dem Lande in Betracht zieht. Das ist die Konzentration der Gegenrevolution auf dem Lande. Hier in der Stadt ist sie ganz egal. Das sehen wir an Sippos, Reichswehr und anderen Organisationen. Aber auf dem Lande versucht man illegal die Gegenrevolution zu organisieren, und zum allergrößten Teil ist sie hier gedacht als gegen die Stadt gerichtet. Wenn man nun von unserem Standpunkt aus sich um das Landproletariat mehr kümmert und durch praktische Erfahrung weiß, daß das Landproletariat auch in der Revolution seinen Mann stehen wird, dann werden wir sehen, daß das Landproletariat in der gegebenen Situation dem Stadtproletariat zu Hilfe kommen kann. Das wird darum ein wichtiger Faktor sein, weil die Landproletarier wissen, wo die Waffen sind und

sie gleich zur Hand haben werden, um dem städtischen Proletariat zu Hilfe kommen zu können.

Die anderen Parteien, die sich mit der Agrarfrage beschäftigen, tun es ganz in den alten Bahnen. Sie sehen nicht die Krise des Kapitalismus und sind vielfach davon beherrscht, daß sie nur einen Wahlfang treiben wollen. Von unserem Standpunkt ist es auch vollkommen verkehrt, die Dinge anders in Rechnung zu setzen, als wie sie in Wirklichkeit sind. Bei der Stellungnahme der Parteien, in denen sich Arbeiter befinden, zu dieser Frage, ist es wichtig, nur die V.K.P.D. und die K.A.P.D. zu erwähnen. Die S.P.D. steht natürlich auf dem Boden der Evolution und glaubt, mit genossenschaftlichen Dingen zum Sozialismus zu kommen. Die K.P.D. will nur das Großgrundbesitzertum enteignen, das Klein- und Mittelbauerntum nicht. Man redet diesen vor, daß sie nicht an eine Enteignung gehen werden, wenn sie die Macht erobert haben. Man geht so weit, daß sogar der rechtsreformistische S.P.D.-Mann David sich diesen Standpunkt zu eigen machen kann. David hat gesagt, daß es verwunderlich erscheint, daß nicht einmal die Agrarkommission den Vorschlag der Vergesellschaftung des Grund und Boden sich zu eigen gemacht hätte. (Redner zitiert aus der Roten Fahne). Das ganz charakteristische, wie die V.K.P.D. heute diese Dinge auffaßt, ist also, daß sogar der Sozialdemokrat David mit dieser Form sich einverstanden erklären kann. Diese Konzessionen, die man an das Kleinbauerntum macht, indem man sagt, wir werden Euch in dem Besitz belassen, damit Ihr auch innerhalb der sozialistischen Wirtschaft Euren Besitz behaltet, sind nach unseren Grundsätzen reformistische Methoden. Genosse Goldstein hat bei seinem Vortrage über die russische Revolution ausgeführt, daß es ein erstes Erfordernis ist, den Staat zu zerstören und alle kapitalistische Ideologie, und darauf kommt es uns auch hier an. Und wenn wir dazu Stellung nehmen, können wir uns nicht auf irgendwelche Kompromisse einlassen. Es darf in bezug auf die Enteignung keinen Unterschied geben zwischen Groß-, Mittel- und Kleinbesitzern, sondern es muß klar ausgesprochen werden, daß es nur eine Enteignung an den Produktionsmitteln geben kann. Daraus kann man natürlich auch nicht resultieren, daß es für uns in der Revolution eine Neutralität gegen Mittel- und Kleinbauern nicht geben kann. Bauern sind keine Kommunisten. Das hat Gorter ausgeführt in seinem vortrefflichen Artikel über die Moskauer Internationale. Aber in seiner Broschüre hat er doch gesagt: "Die Mittel- und Kleinbauern wird man gewiss nicht enteignen. Wir halten diesen Standpunkt für verkehrt. Weil wir einmal eine ganz klare Linie herausgearbeitet haben, können wir nur für das reine Prinzip eintreten. Das ist die

rücksichtslose Enteignung. Die andern Parteien machen immer noch diese Konzessionen. Wenn wir sonst auf dem Standpunkt stehen, "die Phase der Ergreifung der politischen Macht durch das Proletariat erfordert die schärfste Niederringung bürgerlicher-kapitalistischer Regungen", so besagt das, daß man auch in der heutigen Situation, in der wir uns befinden, an dieses Kleinbauerntum nicht eine Konzession machen kann, etwa dergestalt, daß man diese bürgerliche kapitalistische Regung auch während der Diktatur des Proletariats aufrecht erhält. Diese Dinge werden die Bauern vielleicht nicht verstehen. Aber darauf kommt es nicht an. Die Hauptsache ist, daß die Landarbeiter es verstehen.

Daß es nicht gut ist, Kompromisse in dieser Beziehung zu schließen, haben wir gesehen an der November-Revolution. Und wir haben immer auf dem Standpunkt eines kompromißlosen Klassenkampfes gestanden, und wir haben auch nicht notwendig, irgendwie anderen etwas zu versprechen, was wir in der proletarischen Revolution und bei der Diktatur garnicht durchführen können.

Damit fallen auch alle diese falschen Vorstellungen von Genossenschaften, Neutralität usw.. Der Gedanke der Neutralität führt zu der Einstellung, daß man diese Schichten im proletarischen Kampfe garnicht so sehr in Rechnung stellt. Wir werden im Gegenteil zu beachten haben, daß der Bauer, wenn man ihm nachher etwas wegnehmen will, er nicht Neutralität beachten, sondern sich ganz scharf auf die andere Seite, die Seite der Gegenrevolution stellen wird.

Wir müssen die Landarbeiter gewinnen. Wir haben schon zu verzeichnen, daß der Gedanke der Betriebsorganisationen auch unter den Landarbeitern Verständnis findet. Auf zwei großen Gütern haben wir schon Betriebsorganisationen. Die Frage der Gewinnung der Landarbeiter darf man sich aber nicht so einfach vorstellen. Das wird schwer. Die K.A.P. ist konzentriert auf großindustrielle Gebiete. Es muß jetzt versucht werden, in den Industriegegenden, die umgeben sind von der Landwirtschaft, Stützpunkte zu schaffen, und von diesen die Agitation unter die Landarbeiterschaft zu tragen. Die Kommission, die gebildet werden soll, muß versuchen, diese Agitation zu fördern, und Material dazu zur Verfügung zu stellen. Es gibt drei wichtige Punkte bei der Eroberung der politischen Macht. Das ist einmal die Rote Armee, zweitens die Frage der Ernährung und drittens die Verhinderung des Aufkommens einer Bürokratie. Das sind die Grundpfeiler der Erringung einer politischen Macht.

Genossen, die Frage ist noch zu erwähnen: wenn man ganz klar und eindeutig die Enteignung aufstellt, auch die der Klein- und Mittelbauern, dann

wird die Frage auftauchen, ob es möglich sein wird, in der proletarischen Diktatur das Proletariat auch zu ernähren. Wir wissen, daß man jemand etwas wegnimmt oder das versucht, oder er weiß, daß ihm in der nächsten Zeit seine Produktionsmittel weggenommen werden, er eine Sabotage treiben wird. Das kann man verhindern dadurch: es existieren in den Städten ungefähr drei bis vier Millionen Proletarier in Deutschland, die aus der Landwirtschaft gekommen sind und von der Landwirtschaft etwas verstehen. Diese drei bis vier Millionen Proletarier muß die Diktatur des Proletariats versuchen, dann auf das Land zu bringen. Das wird garnicht so schwer sein. Dadurch wird man eine Sabotage in der landwirtschaftlichen Produktion von vornherein verhindern. Aus einem anderen Grund ist das auch noch gut. Die Diktatur des Proletariats kann nur aufgebaut sein auf Räten. Dieses Verständnis für die Räte ist dann in einer solchen Situation bei den Proletariern, die in der Industrie gewesen sind, und auch eine gewisse politische Schulung haben, größer als bei den Bauern und den Landarbeitern. Infolgedessen wird man auch dort die Front stärken können, wenn man die Landarbeiter durch die städtischen Arbeiter ergänzt. Diese städtischen Arbeiter verstehen auch mehr von einem Produktionsprozeß durch ihr Kennenlernen des Produktionprozesses in den Großbetrieben.

Es ist noch ein anderer Umstand, der das leicht machen wird. Wir sind uns bewußt, daß es bei der proletarischen Diktatur wichtig ist, die Durchführung der Ernährung zu erkennen. Das ist so zu bewerkstelligen, daß die Produktion von Industrieprodukten, die nicht absolut notwendig ist, ausgeschaltet werden muß. Produktion von Kohle, Wohnstätten auf dem Lande, landwirtschaftlichen Maschinen, Herstellung von Waffen, Verkehrsmitteln und die Elektrifizierung der Landwirtschaft sind ungefähr die wichtigsten Produktionen. Das andere Proletariat muß bei dem Mangel an anderen Arbeitskräften auf dem Lande, sofern es nicht in der Roten Armee ist, in der Landwirtschaft untergebracht werden.

Eine weitere Sicherung für die Ernährung ist, daß eine Verteilung der Lebensmittel auf dem Lande eine ganz andere sein wird als heute, daß sie eine konzentrierte Form annehmen muß. Weil es dem Proletariat genau so gehen wird wie in Russland, nämlich Blockierung der Häfen, muß an die Ernährung in aller erster Linie des Proletariats gedacht werden. Nebenbei kommt noch in Frage, daß heute viele Produkte verloren gehen durch die schlechte Bearbeitung des Bodens, daß schlecht abgeerntet wird, verschiedentlich, daß es vorkommt, daß ganze Felder nicht abgeerntet werden, weil der Großgrundbesitzer weiß, daß er einen höheren Preis bekommt, wenn weniger Produkte da sind. Die Aufhe-

bung auch des Kleinbesitzes an Grund und Boden auf dem Lande wird notwendig sein auch deswegen, weil wir wissen, daß ein Großbetrieb rationeller arbeitet, als ein Kleinbetrieb.

Eine wichtige Frage ist noch die Frage der Niederhaltung der Saboteure an der Produktion und an der Revolution. Der Bauer wird vielleicht nicht produzieren, und da wird man auch wieder aus dem Krieg lernen müssen. Man wird das nicht so machen können wie im November 1918, indem man die ganze Gegenrevolution einfach frei herumlaufen ließ. Revolution ist Krieg, und der Krieg hat uns gelehrt, daß, wenn man einen Gegner haßt, ihn auch beseitigen muß, indem man ihn interniert, wenn er nicht im Interesse der proletarischen Revolution arbeiten will. Indem man den Bauern der sabotiert, herausnimmt aus dem Produktionsprozeß. Eine andere Lösung wird vielleicht garnicht in Frage kommen.

Wir glauben, wenn wir die Agrarfrage unter den angeführten Gesichtspunkten behandeln, daß wir damit die Selbstbewußtseinsentwicklung des Proletariats etwas fördern, und aus diesem Gesichtspunkt heraus kann die Agrarfrage für uns auch nur eine Rolle spielen. Ich habe vorhin gezeigt an dem Verhältnis, an der Entwicklung des Landproletariats, daß es auch heute schon zu der Erkenntnis gekommen ist, daß es sich in großen Streiks Luft machte, daß es während einer akuten Revolution in die Städte kam und Hilfe verlangte, daß wir verstehen müssen die große Rolle, die das Landproletariat in der Revolution spielte.

Wenn wir weiter verstehen, daß neben der Roten Armee die Brotfrage das schwierigste Problem der Revolution ist, dann wird uns auch bewußt sein, daß wir der Agrarfrage mehr Beachtung schenken müssen, und daß wir versuchen müssen, als K.A.P. an das Landproletariat heranzukommen. Denn die wichtige Frage in der Revolution und bei der Eroberung der politischen Macht ist die Frage, die bisher in allen Revolutionen die schwierigste gewesen ist, und die auch jetzt die russische Revolution zurückgeschlagen hat, nämlich die Lösung der wirtschaftlichen Bedingungen des Proletariats. Wenn wir uns mit der Agrarfrage beschäftigen, wollen wir das immer unter diesem Gesichtspunkt tun.

Genosse Rosam:

Der Parteitag steht überwiegend diesmal im Zeichen der Gründung der Internationale. Die Agrarfrage ist auf dem vorigen Parteitag der Herausschmeißer gewesen. So scheint es auch hier zu sein. Diese Frage ist noch lange nicht ge-

nug als wichtig erkannt worden. Es ist zum Ausdruck gekommen, daß gerade in Ländern Südwesteuropas, Bulgarien, Jugoslawien und zum Teil auch Tschechoslowakei die Linie zur K.A.P., zur proletarischen Arbeiterinternationale sehr weit schon gediehen ist. Das muß uns dazu bringen, uns sofort zu fragen, in welchen Fragen des revolutionären Kampfes dann ein Zusammenschluß möglich ist.

Diese Länder bleiben vorläufig noch Agrarländer. Wir müssen fragen, was haben diese Agrarländer mit der deutschen Revolution zu tun? Die Revolution entwickelt sich aus den Verhältnissen, in die der Kapitalismus das Proletariat setzt. Der deutsche imperialistische Kapitalismus hat das Proletariat hineingesetzt in ein Problem, das während des Krieges mit dem Namen "Mitteleuropa" umschrieben war. Gerade die Länder, die mit dem deutschen Imperialismus verknüpft waren in ihrer Wirtschaftspolitik, also auch in ihrer Staatspolitik, sind diejenigen, in denen die K.A.P.D.-Bewegung sich entwickelt. Nun zeigt sich, daß diese Länder auch wirtschaftlich mit Deutschland eine gewisse Einheit bilden. Die Wirtschaftspolitik des Kapitalismus hat darauf hingewirkt, aus diesen Ländern eine wirtschaftliche Einheit zu machen. Eine Zeitlang sah es so aus, bis August vorigen Jahres, als ob Russland eine Wirtschaftseinheit mit Deutschland bilden würde. Das hat sich verändert. Es ist dort nicht mehr der revolutionär erscheinende Bauer, sondern der kleinbürgerliche Bauer. Der hat aber kein Interesse daran, mit einem proletarischen Deutschland in Wirtschaftsaustausch zu leben, denn er würde damit die Revolution im eigenen Lande fördern. Dazu kommt noch, daß, wie Mühle ausgeführt hat, während der ersten Jahre der Revolution die Industrieproduktion ganz außerordentlich herabgesetzt werden muß und auf den Zweck der Errichtung der Diktatur des Proletariats eingerichtet werden wird, und daß Deutschland somit garnicht in der Lage sein wird, das zu liefern, was der russische Bauer haben muß. Und nun fängt natürlich an die deutsche Revolution für die russische Sowjet-Regierung uninteressant zu werden und wird es bleiben. Da tritt nun in Erscheinung, daß die Länder, die das kapitalistische Mitteleuropa zusammengefaßt hatte, tatsächlich in der gleichen Richtung revolutioniert sind, und darum ist ins Auge zu fassen, daß man diese Länder mit Agrarüberschußproduktion einbezieht und in einen revolutionären Wirtschaftsblock, der mit der Linie des Rheins, der Donau und eines Nebenflusses, der Dwina abgegrenzt sein wird nach Westen und einer anderen Linie, die nach Osten abgegrenzt, Dnjepr, Bug, und Memel bildet. Was heißt es denn, daß in diesen Agrarländern der K.A.P.-Geist heranwächst? Doch einfach, daß dieselben in

der gleichen revolutionären Entwicklung sind. Es wird immer gesprochen von den höchst entwickelten Ländern des Kapitalismus, während das an sich garnicht der Grad der revolutionären Entwicklung ist, sondern der Grad der proletarischen Verelendung. (Zwischenruf: Das widerspricht der Entwicklung Feudalismus, Kapitalismus, Sozialismus.) Durchaus nicht! Die sämtlichen Agrarprogramme aller drei sozialistischen Parteien stimmen darin überein, daß sie den Bauern als Privateigentümer erhalten wollen. Die V.K.P.D. unterscheidet sich darin nicht von dem neuen Programm der S.P.D., was ja auch David ausgeführt hat, indem er sagte, wir, die S.P.D., können das Agrarprogramm der V.K.P. übernehmen. Die Frage, wieweit die Bauern enteignet werden können, ist eine Frage der Macht. Aber prinzipiell muß aufgestellt werden die Enteignung jeden Privateigentums. Das Kapital darf keinen legalen Stützpunkt haben. Das Proletariat kann nicht einen im Besitz Befindlichen in seinem Gebiet dulden. Zur Frage des Waffenkampfes auf dem Lande. Die Bauern sind im Besitz von Waffen und werden sie anwenden. Nun gibt es in Deutschland zwei Gebiete, die in der Kampfaktik verschieden gehandelt werden müssen. Nämlich das Gebiet überwiegenden Großgrundbesitzes, das meist östlich der Elbe liegt, und einen Teil von Hannover mit umfaßt, und der andere Teil, wo Kleinbesitz überwiegend ist, dort aber ist die Industrie konzentriert. Es ist eine Voraussetzung der Revolution, daß das Proletariat auf dem Lande, d.h. daß in der Agrarproduktion tätige Proletariat revolutioniert und für die Revolution gewonnen wird. Das ist nicht so schwer, wie es 1914 und 1913 aussah. Das Landproletariat ist viel klarer in seinem revolutionären Handeln, als das städtische Proletariat. Die Beziehungen zwischen dem städtischen Proletariat und dem Proletariat der agrarischen Produktion müssen erst organisiert werden.

Genosse Arndt (Jan Appel):

Es könnte ein Irrtum auftauchen, wenn Mühle sagte, wir dürfen keine Kompromisse machen. Enteignung auch der Klein- und Mittelbauern. Ganz folgerichtig hat er das von unserem Standpunkt erklärt. Und das ist richtig. Wenn er aber sagt, das muß eintreten, wir dürfen keine Kompromisse machen, und dann zu der nächsten Frage kommt, was mit den Bauern geschieht, die die Produktion sabotieren, dann kann sich ein Irrtum ergeben. Die städtischen Proletarier, die nach den Ausführungen Mühles auf das Land kommen sollen, könnten auch gleich keine kommunistische Wirtschaft betreiben, keine kommunistische Produktion, sondern würden auch Privatbesitzer werden. Das muß klargelegt wer-

den, damit nicht in die Welt posaunt wird, wir wissen nicht, was zu tun ist. Im Prinzip gilt es: kein Privateigentum, niemand hat ein Anrecht darauf. Aber damit ist noch nichts getan. Eine Bauerngemeinde kann nicht gleich kommunistisch arbeiten, den Kommunismus nicht gleich praktisch ausführen. Die Agrarfrage ist eine Kampffrage, genau wie die gesamte Sozialisierung eine Kampffrage ist. Wir sollen uns das nicht so vorstellen, daß, wenn die Macht in die Hände des Proletariats geht, der Kampf aufhört, dann wird er mit verstärkter Wucht geführt. Zu der sozialisierten Wirtschaft gehören Rittergüter, Großindustrie, und wir müssen dann kämpfen gegen Kleinbügertum, Kleinindustrie, Klein- und Mittelbauerntum. Wir kämpfen dann mit allen Maßnahmen der politischen und wirtschaftlichen Macht, d.h. Lieferung von diesen und jenen Gegenständen, die man ihnen entweder gibt oder entzieht. Wie das Proletariat diese Wirtschaft übernimmt, nicht die Agrarwirtschaft sondern die Gesamtwirtschaft, das werden wir auf dem nächsten Parteitage behandeln müssen. Wir sollen nicht glauben, daß, wenn wir den städtischen Arbeiter an die Stelle des vertriebenen Bauern setzen, wir dort kommunistische Wirtschaft betreiben können.

M ü h l e : Schlußwort

Ich habe gesagt, daß die erste Bedingung bei der Eroberung der politischen Macht die Schaffung einer Roten Armee ist. Und wenn man den Arbeiter aus der Stadt auf das Land verpflanzt, dann wird er nicht Eigentümer sein, sondern für die Gemeinwirtschaft arbeiten, wenn rücksichtslos enteignet wird und auch vor dem Klein- und Mittelbauern nicht Halt gemacht wird. Erst rücksichtslose Enteignung ist die Voraussetzung dafür, daß der Stadtarbeiter nicht Privateigentümer auf dem Lande wird, sondern dort arbeitet im Gemeininteresse, um die Ernährung der Roten Armee und des Proletariats sicher zu stellen.

--- --

Hierauf wird folgender Antrag des Bezirks Pommern gegen eine Stimme angenommen:

Zu Punkt 8: Pommern

verlangt, daß unter den Landarbeitern für die Ziele der K.A.P. und Union, die gleichlaufend mit der proletarischen Revolution sind, eine leichtfaßliche Propaganda in klarer und bestimmter Art geführt wird. Er hält die vorbe-

reitende Arbeit durch Flugblätter für notwendig, um die Landarbeitermassen reif zu machen für die Gdankengänge der K.A.P. Gleichzeitig verlangt er die Ausarbeitung eines Programmabschnittes, der praktisch und theoretisch den Propagandaweg und das Ziel festlegt. Erst nach Schaffung dieser Voraussetzungen ist eine großzügige Propaganda für die soziale Revolution auf dem Lande möglich. Der Bezirk Pommern wird helfen, diese Voraussetzungen zu schaffen und fordert daher den Parteitag auf, ihn mit theoretischen und praktischen Vorschlägen zu unterstützen.

Ferner wurde der Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin beauftragt, eine Kommission zu bilden, die Thesen und Richtlinien zur Agrarfrage auszuarbeiten hat.

Schluß der öffentlichen Parteisitzung.

Vierter Tag
(Interne Sitzung)

Punkt 10: Organisation

a) Kassenbericht

Es lag ein gedruckter Kassenbericht vor, den der Kassierer erläuterte. Eine Diskussion fand nicht statt. Ein Genosse der Revisionskommission bestätigte im Auftrag der Revisions-Kommission die ordnungsmäßige Kassenführung und beantragte im Auftrage der Revisions-Kommission Entlastung des Kassierers. Darauf wurde Entlastung einstimmig erteilt.

b) Organisations-Statut

Folgender Antrag des Bezirks Nord wurde einstimmig angenommen:

Der Parteitag beschließt, das Organisations-Statut, Punkt 9 von Absatz 2 bis Schluß wie folgt zu ändern:

Die Zentraleitung besteht aus je einem von den Wirtschaftsbezirken gewählten Delegierten und einem geschäftsführenden Ausschuß von 9 Personen, der unmittelbar vom Parteitag mit Stimmenmehrheit gewählt wird. Die Mehrheit des geschäftsführenden Ausschusses ist unbesoldet und muß aus Parteimitgliedern bestehen, deren Wirkungskreis möglichst in den wichtigsten Wirtschaftsgebieten liegt.

Der geschäftsführende Hauptausschuß hat mindestens monatlich einmal in einer Vollsitzung zu tagen; seine Mitglieder sind untereinander gleichberechtigt. Der Zentraleitung steht das Recht zu, vorbehaltlich der nachträglichen Zustimmung des Parteitages diese Mitglieder abuberufen und durch andere zu ersetzen.

c) Pressefragen und Literatur

Zu dieser Frage wurden folgende Richtlinien angenommen:

Richtlinien über Pressefragen und Herausgabe von Literatur
1.)
Für die Herausgabe von Literatur wird ein Verlag der K.A.P.D. geschaffen.

Seine Geschäfte liegen in den Händen des geschäftsführenden Hauptausschusses der Partei. Alle von diesem Verlag herausgegebenen Schriften (ausschließlich Proletarier) werden vertrieben von der Buchhandlung der Berliner Organisation.

2.)

Über die Herausgabe von Broschüren durch die K.A.P. entscheidet der erweiterte Zentralausschuß.

3.)

Der Inhalt und die Schreibweise der K.A.Z. ist im Rahmen und auf dem Boden des Programms und der Parteitagsbeschlüsse der K.A.P.D. zu halten.

4.)

Zu neu auftretenden Fragen ist in jedem Falle die Auffassung des erweiterten Zentralausschusses maßgebend, der monatlich bzw. bei Sichtbarwerden neuer Fragen sofort zu tagen hat.

5.)

In der Zwischenzeit ist der geschäftsführende Hauptausschuß berechtigt, Aufrufe zu plötzlich auftretenden Fragen in der K.A.Z. zu veröffentlichen, und zwar unterzeichnet als geschäftsführender Hauptausschuß.

d) Kompetenz des Hauptausschusses

Hierzu wurden folgende Richtlinien angenommen:

Die politische Kompetenz der Zentralkörperschaften der Partei ergibt sich aus der Tatsache, daß die K.A.P. eine zentral aufgebaute Partei revolutionärer Arbeiter ist.

Der geschäftsführende Hauptausschuß, sowie der Zentralausschuß können im Namen der Partei nur dann an die Öffentlichkeit treten, wenn es sich um eine Stellungnahme handelt, die in der allgemeinen Linie des Programms und der festgelegten Taktik liegt.

In Fragen, in denen diese Körperschaften eine Änderung der bisherigen Taktik für erforderlich halten und aus technischen Gründen eine sofortige Stellungnahme der Mitgliedschaft nicht möglich ist, können sie nur mit dem Namen der betreffenden Körperschaft, nicht im Namen der Partei zeichnen.

Zu jeder derartigen Entscheidung sollen möglichst sämtliche Mitglieder dieser Körperschaft hinzugezogen werden. Beschlußfassung ist nur zulässig, wenn mindestens zwei Drittel der Mitglieder anwesend sind.

e) Bezirk: Berlin-Brandenburg

Der Antrag des Bezirks Groß-Berlin auf der letzten Zentralausschuß-Konferenz, in Verbindung mit den bestehenden Bezirken Eberswalde und Spandau-Ost-Havelland einen Bezirk Berlin-Brandenburg zu bilden, der auch die Zustimmung der Zentralausschuß-Konferenz, vorbehaltlich der Zustimmung des Parteitages gefunden hatte, wurde wie folgt erledigt:

Es wird ein Bezirk Berlin-Brandenburg gebildet mit Einschluß Brandenburg-Nord (Eberswalde), während wegen der organisatorischen Zugehörigkeit Spandau-Ost-Havellands noch besondere Vereinbarungen getroffen werden sollen, da dieser Bezirk sich gegen seine Eingliederung in den Bezirk Berlin-Brandenburg aussprach.

f) Druck des Organisations-Statuts

Der Antrag Hamburgs, das Organisations-Statut in der neuen Fassung zum billigen Preise drucken zu lassen und den Organisationen gegen geringe Bezahlung abzugeben, wurde einstimmig angenommen.

g) Vereinigte revolutionäre Unterstützungs-Kommission

Ein Genosse gab Bericht über die bisherige Tätigkeit und über das, was getan werden müsse. Hierauf Diskussion. Bei der Abstimmung wurden die vorgelegten Richtlinien einstimmig angenommen.

Punkt II. Wahlen

Sodann wurden die verschiedenen Wahlen (Hauptausschuß, V. R U K, schwebende Kontroll-Kommission, Reichs-Revisions-Kommission) vorgenommen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft.

-.---.--.

